

Ein Barnim für alle.

Wir wollen eine Vision, für die es zu ~~leben~~ **Leben lohnt**

Wahrscheinlich meinen die Verfasser „Wir wollen eine Vision, für die es sich lohnt, zu leben“.

Wir laden alle ein, mit uns gemeinsam zu diskutieren, welche Entwicklung wir im Barnim nehmen, wie wir aktiv unseren Landkreis verändern und unser Miteinander gestalten wollen.

Der Barnim, zwischen Berliner Stadtrand und der Uckermark, zwischen Oder und Oder-Havel-Kanal ist eine Region voller Gegensätze. Einerseits bietet er mit über fünfzig Prozent ausgedehnte Wälder, Felder und zahlreiche Seen sowie viele kleine Angerdörfer, andererseits gibt es oder finden sich hier dicht besiedelte Gemeinden insbesondere am Berliner Stadtrand. Im Barnim leben über 177.000 Menschen, das sind 27.000 Einwohner und Einwohnerinnen mehr als im Jahre 1990.

Viele haben hier ihre Arbeit und ihren Lebensmittelpunkt mit Freundinnen und Freunden oder ihrer Familie. Ein großer Teil der Freizeit findet aktiv in Sport-, Kultur- und anderen Vereinen statt.

DIE LINKE will, dass trotz des demografischen Wandels, trotz geringer werdender finanzieller Mittel für die Kommunen unser Barnim auch zukünftig lebens- und lebenswert für alle hier Lebenden ist.

Allein diese Einführung zeigt die tiefe ideologische und politische Krise der „Linken“. Von den tatsächlichen Realitäten des Lebens ist diese Partei offensichtlich schon meilenweit entfernt. Mit Hilfe der sinnlosen und sinnleeren Beschreibung schöner Landschaften sowie von Sport- und Freizeitgestaltungen im Barnim-Kreis steuert sie den geneigten Leser in eine Phantasiewelt, die in den bunten Journalen der kapitalistischen Medien und im Fernsehen schon bis zum Erbrechen strapaziert wird. Dem erbarmungslosen Profitstreben des Kapitals setzt sie die völlig unbegründete und unhaltbare These entgegen, dass auch mit immer geringer werdenden kommunalen Mitteln (im Gegensatz zu den Banken und Konzernen!) das Leben „aller hier Lebenden auch zukünftig lebens- und lebenswert“ bleibt. Für die Arbeitslosen, für die Hartz IV-Empfänger sowie für die Teilzeit- und Leiharbeiter auch?

Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist unser Weg

Wohnen im Barnim

Seit zwanzig Jahren erleben wir im Barnim einen leichten Zuwachs der Bevölkerung, was insbesondere auf die Erweiterung der Wohngebiete in den Gemeinden Ahrensfelde, Bernau, Panketal und Wandlitz zurückzuführen ist. Dieser Zuwachs stellt an die betreffenden Kommunen hohe Herausforderungen hinsichtlich der Entwicklung der begleitenden Infrastruktur - wie Kitaeinrichtungen, Versorgungseinrichtungen für Lebensmittel sowie Waren des täglichen Bedarfs - aber auch für die gesundheitliche Versorgung und für die Betreuung von Seniorinnen und Senioren.

Schon im ersten Satz des Punktes „Wohnen im Barnim“ erschlagen uns die Verfasser mit ihrer Logik und Klarheit. Die Erweiterung der Wohngebiete in den Gemeinden Ahrensfelde, Bernau, Panketal und Wandlitz hat zu einem leichten Zuwachs der Bevölkerung geführt? Wie bitte? Und dieser Zuwachs stellt an die betreffenden Kommunen hohe Herausforderungen? Nach solchen Formulierungen werden Euch die Leser in Scharen davonlaufen!

Gleichzeitig zeichnet sich ein Wohnungsmangel insbesondere in den Städten Bernau und Eberswalde *ab*, vor allem für Singlewohnungen und Wohnungen für Großfamilien und Wohngemeinschaften unterschiedlichen Alters *ab*. Es bedarf *hier* neuer Entwicklungs- und Umbaukonzepte, die gemeinsam mit den Kommunen und deren Wohnungsgesellschaften zu erarbeiten sind.

An dieser Stelle ist es höchste Zeit, einige grundsätzliche Aussagen zur Überschrift des Leidbildes (nicht Leitbildes) „Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist unser Weg“ zu machen.

Das Wort „Daseinsvorsorge“ beschreibt die staatliche und kommunale Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern eines Landes die erforderlichen Leistungen und Güter für ein sinnvolles und würdiges menschliches Dasein kostengünstig und in guter Qualität bereitzustellen. Zu dieser so genannten Grundversorgung mit einem öffentlichen Interesse gehören:

- Transport- und Verkehrswesen*
- Stromversorgung*
- Gasversorgung*
- Wasserversorgung*
- Müll- und Abwasserentsorgung*
- Wohnraum*
- Bildung und Kultur*
- Medizinische Fürsorge*
- Sozialfürsorge*

(siehe auch http://www.dr-schacht.com/Daseinsvorsorge_Vortrag.pdf).

Die Daseinsvorsorge wurde in den 90iger Jahren des vorigen Jahrhunderts von den Städten und Gemeinden (Kommunen) an private Unternehmen verkauft. Der Verkauf des so genannten „Tafelsilbers“ (z.B. der Energieerzeugungs- und verteilungsanlagen, der Netze und des gesamten Fachpersonals) der Kommunen erfolgte mit dem festen Versprechen der neuen Eigentümer, dass

- die Städte und Gemeinden erhebliche Kosten einsparen werden,*
- die Bevölkerung besser und effizienter mit Energie versorgt wird,*
- die Energiepreise für die Kunden sinken werden,*
- sich das Angebot, die Qualität und der Service für die Kunden verbessern werden,*
- mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und dass*

- *die Städte und Gemeinden an den Gewinnen der Unternehmen durch Konzessionsabgaben beteiligt werden.*

Diese Versprechen wurde von den vier Energiekonzernen E.ON, RWE, Vattenfall Europe und Energie Baden-Württemberg nicht erfüllt. Im Gegenteil,

- *die Kosten und Preise für die Energieträger Strom und Gas, sowie alle damit verbundenen Dienstleistungen sind nach der Privatisierung der Stadtwerke bzw. anderer kommunaler Versorgungseinrichtungen erheblich angestiegen. Sie werden auch in der Zukunft weiter steigen.*
- *die Privatisierung im kommunalen Energiesektor hat zu einem gravierenden Abbau vieler Dauerarbeitsplätze beigetragen. Nach vorsichtigen Schätzungen sind in Deutschland seit 1990 mehr als 130.000 derartige Arbeitsplätze abgebaut worden. Weitere Entlassungen sind in den kommenden Jahren zu erwarten.*
- *durch den harten Konkurrenzkampf auf dem Markt hat sich die Situation auf dem Service- und Dienstleistungssektor erheblich verschlechtert. Gerade in diesem für die Kommunen sehr sensiblen Bereich werden im zunehmenden Maße Zeit- und Leiharbeiter eingesetzt.*
- *die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge hat bei den Kommunen zu gravierenden Steuerungs- und Handlungsverlusten geführt. Nicht selten stehen die privaten Interessen im Widerspruch zu den Zielen und Vorgaben der Kommunen.*

Dieser Prozess fand seinen Abschluss in der Privatisierung aller kommunalen Güter, Dienstleistungen, materiellen und immateriellen Ressourcen, Natur- und Bodenschätzen (siehe auch Beschleunigungsgesetz zur Umsetzung der Öffentlich-Privaten Partnerschaften im Internet http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96PP-Beschleunigungsgesetz#Inhalt_des_Gesetzes).

Die bisher auf das Gemeinwohl orientierten staatlichen und kommunalen Einrichtungen, ihre Leistungen und Güter unterliegen damit nur noch den harten Gesetzen des Konkurrenzkampfes und dem Streben der Unternehmen nach Maximalprofit.

Angesichts dieser Tatsachen kann von kommunalen oder „gemeinsamen“ Entwicklungs- und Umbaukonzepten in den Städten Bernau und Eberswalde“ kaum die Rede sein.

Hierfür schlagen wir lokale Arbeitsgemeinschaften „bedarfsgerechtes Wohnen“ vor. Uns ist wichtig, dass bei weiteren infrastrukturellen Entwicklungen vor allem in den städtischen Gebieten keine weitere Inanspruchnahme von Natur-, Agrar- und Forstflächen erfolgt. „Kommunale Ökokonten“ können helfen, mit den vorhandenen Flächen sorgsamer umzugehen und Altlasten besser zu beseitigen.

Die von Bevölkerungsrückgang betroffenen Gemeinden sind dabei zu unterstützen, einen bedarfsorientierten Rückbau von Wohnflächen vorzunehmen und freiwerdende Flächen der ökologischen und städtebaulichen Nutzung zu übergeben.

Gemeinsam mit den Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümern wollen wir für einen bezahlbaren Wohnraum für alle Einkommensgruppen werben.

Nach der aktuellen Bevölkerungsprognose für Brandenburg wird sich der seit 2001 zu verzeichnende Bevölkerungsrückgang fortsetzen und bis zum Jahr 2030 rd. 253.000 Personen (-10 %) betragen. Brandenburg hat dann voraussichtlich rd. 2,25 Mio. Einwohner. Durch das prognostizierte Bevölkerungswachstum im Berliner Umland (+ 5 %) und den Bevölkerungsrückgang im berlinfernen Raum (- 19 %) verschieben sich die Bevölkerungsproportionen weiter zugunsten des Berliner Speckgürtels.

Angesichts des immer geringer werdenden Anteils kommunaler Wohnungen werden die Preise dafür auch steigen. Deshalb sollte die „Linke“ den Menschen ehrlich sagen, dass in einer Gesellschaft, in der das Streben nach Maximalprofit zum bestimmenden Faktor allen Handelns ist, Vernunft, Verstand und Verantwortung für das Gemeinwohl der Menschen (Daseinsvorsorge!) immer auf der Strecke bleiben. Im Leitbild der „Linken“ für den Barnim-Kreis kann deshalb nur stehen, dass bei fallenden Gehältern und Löhnen die Mieten weiter steigen werden. Alles andere ist Betrug! Auch die versprochene Werbung!

Sicherung der Mobilität

Die Sicherung der Mobilität ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben aller Barnimerinnen und Barnimer, egal wo sie wohnen. Dazu halten wir die Erarbeitung einer detaillierten Bedarfsanalyse für eine wichtige Voraussetzung.

Da wir davon ausgehen müssen, dass in Zukunft die Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr weniger werden, bedarf es insbesondere intelligenter Mobilitätsangebote, die einerseits den Bedarf an Mobilität berücksichtigen und in denen andererseits die vorhandenen Mittel effizient eingesetzt werden.

Ein Großteil des Busverkehrs orientiert sich am notwendigen Schülerverkehr in unserem Landkreis. Dieser ist bedarfsgerecht zu sichern.

Um auch von und nach Berlin die Mobilität zu gewährleisten, sind noch bessere Verbindungen zwischen Schienen- und Busverkehren zu entwickeln. Mit dem Land und dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ist eine höhere Verkehrszeitendichte der Regionalbahn RE3, insbesondere zu den Pendelzeiten, zu verhandeln.

Der Regionalbahnhof in Bernau muss auch künftig erhalten bleiben und darf nicht für einen möglichen 10-Minuten-Takt der S-Bahn eingetauscht werden.

Gleichzeitig ist die Bedeutung der S-Bahn für die vielen Berufspendlerinnen und Berufspendler des Niederbarnims nach Berlin zu berücksichtigen. Wir plädieren für die Einführung des 10-Minuten-Taktes der Berliner S-Bahn von und nach Bernau.

Statt der weiteren Ausdünnung muss die Verlängerung der Heidekrautbahn nach Berlin-Gesundbrunnen perspektivisch in Angriff genommen werden. Die Bahnverbindung Joachimsthal-Templin sollte perspektivisch wieder in Betrieb genommen werden.

Damit mehr Menschen das Auto stehen lassen und Bus oder Bahn benutzen, sprechen wir uns für mehr Park+Ride-Plätze sowie Fahrradabstellmöglichkeiten an Umsteigeplätzen aus.

Darüber hinaus gilt es, die Erreichbarkeit aller öffentlichen Stellen aus den ländlichen Gebieten zu vertretbaren Fahrtzeiten zu ermöglichen und die Größe der Transportmittel

der Auslastung anzupassen.

Angesichts der abnehmenden Bevölkerungszahl in den Dörfern ist das Modell der Rufbusse/-Taxen stärker zu favorisieren und eine entsprechende Akzeptanz in der Gesellschaft zu entwickeln. Wir sehen dies als eine Aufgabe, welcher sich die Kommunalpolitik solidarisch und ortsübergreifend widmen muss. Der ÖPNV sollte auch für Gütertransporte in Betracht gezogen werden.

Wir stehen für den Erhalt des Eberswalder O-Busses, sowohl als umweltfreundliches als auch als ein identitätsstiftendes und über die Kreisstadt hinaus wirkendes Kulturgut. Damit alle Menschen Bus und Bahn nutzen können, stehen wir für die dauerhafte Etablierung des Mobilitätstickets für alle Bedürftigen. Die Tarifwaben des VBB sind so auszuhandeln, dass eine Kommune jeweils innerhalb der gleichen Wabe liegt.

Die Attraktivität des Fuß- und Radverkehrs ist zu erhöhen. Der Barnim hat bereits ein gut entwickeltes Radwegenetz. Dieses ist jedoch innerstädtisch und insbesondere an den Fernverkehrsstraßen noch nicht durchgängig ausgebaut und bedarf, insbesondere zur weiteren Verbesserung der Schulwege, eines vollständigen Lückenschlusses an der B 2/L 200 zwischen Schwanebeck und Bernau, Rüdnitz und Biesenthal sowie eines Neubaus an der B 158 ab Werneuchen. Auch zwischen Eberswalde und Biesenthal (Telekomstraße) und entlang der L 200 zwischen Eberswalde und Sprechthausen sollten Radwege gebaut werden.

Bei der weiteren Sanierung und dem Neubau von Fußwegen in den 105 Barnimer Gemeinden sprechen wir uns klar für die Umsetzung barrierefreier Wege und Übergänge aus. Fußgängerzonen können wichtige gesellschaftliche, kommunikative und erlebnisorientierte Elemente der Stadtgestaltung sein, weshalb wir diese in einkaufsintensiven Bereichen in Bernau, Eberswalde und Werneuchen befürworten. Zur Verringerung der innerstädtischen Verkehrsbelastung (Lärm, Feinstaub) sind alle Maßnahmen intelligenter Verkehrsleitplanung zu nutzen. Mittelfristig sehen wir die Notwendigkeit, die Verkehrsbelastungen des Durchgangsverkehres in Ahrensfelde (B 113 158), Bernau (L200) und Eberswalde (B 167) zu reduzieren.

Der Satz „Die Sicherung der Mobilität ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben aller Barnimerinnen und Barnimer, egal wo sie wohnen.“ in einem Leitbild der „Linken“ ist ohne Zweifel eine Schande und ein Skandal zugleich. In einer Zeit, in der die Banken und Konzerne in Deutschland die absolute Macht haben und alles bestimmen, in der die Menschen, welche eine Arbeit haben, doppelt und dreifach ausgebeutet werden, in der viele Millionen Menschen ihr Recht auf Arbeit nicht wahrnehmen können, in der weltweit wieder Kriege inszeniert und geführt werden und in der uns die Massenmedien Tag für Tag verblöden von einem selbstbestimmten Leben zu sprechen, ist einfach ein Hohn.

Stärkung von Handel und Versorgung

Ein großes Problem für nichtmotorisierte Barnimerinnen und Barnimer in den ländlichen Bereichen ist die Versorgung mit den Waren des täglichen Bedarfes. Nach wie vor sehen wir in der Unterstützung von Regionalmärkten eine Chance für Erzeugerinnen und Erzeuger einerseits und Verbraucherinnen und Verbraucher andererseits, preiswert Frischeprodukte zu handeln bzw. zu erwerben. Neben der Förderung der lokalen und regionalen Land-, Gemüse- und Obstwirtschaft ist damit auch eine Stärkung der Regionalmarke möglich. So wollen wir die regionale, ökologische und gentechnikfreie Agrarproduktion unterstützen. Ein Modellprojekt „Mobile Tante Emma-Läden und

„Shoppingtransporte“ zum nächstliegenden Lebensmittelladen sehen wir als Chance zur Sicherung der Versorgung der insbesondere älteren Bevölkerung auf dem Land. Sie können eine sinnvolle Ergänzung der Bäckerei, Gemüse, Wurst- u. Fleischmobile sein.

Sicherung von Bildung und Ausbildung

Mit der Barnimer Bildungsinitiative wurden die materiellen Lern- und Arbeitsbedingungen für die Schülerinnen und Schüler in kreisgeleiteten Schulen in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Wir setzen uns für einen „Kooperationsverband Schule Barnim“ ein, in dem die finanziellen Mittel des Landkreises mit denen der Kommunen zusammengeführt werden und so sukzessive eine Angleichung der materiellen Bedingungen in allen Schulen des Barnim gewährleistet werden kann. Alle Kinder müssen überall im Landkreis die gleichen Chancen auf Bildung erhalten. Egal ob in Bernau oder Joachimsthal, die Schulen müssen auf qualitativ gleichem Niveau arbeiten.

Eine gemeinsame Aufgabe aller muss dabei die stärkere Entwicklung sozialer Kompetenzen unserer Schülerinnen und Schüler sein. Dazu werden die Grundlagen bereits in den Kitaeinrichtungen und den Schulen gelegt. Dafür sehen wir, neben der tatsächlichen Sicherung des gesetzlichen Betreuungsschlüssels in den Einrichtungen, die Entwicklung von Kinder- und Jugendparlamenten in den Gemeinden als eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe.

Eine bedeutende Herausforderung ist die Entwicklung stabiler Partnerschaftsbeziehungen zwischen weiterführenden Schulen und den Unternehmen der Region, um dem rasch zunehmenden Nachwuchsmangel in den Unternehmen zielgerichtet zu begegnen. Hiervon nehmen wir das Unternehmen „Bundeswehr“ ausdrücklich aus. Werbung für Kriegseinsätze hat an unseren Schulen nichts zu suchen.

Wir wollen umfassende Bildung und Ausbildung vor Ort und im Barnim sichern. Das bedeutet die Förderung aller Grund- und Oberschulen, Oberstufenzentren, Gymnasien, Berufsschulen, Fachschulen, Volkshochschulen und auch Musikschulen.

Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Bildung und Erziehung sich von Beginn an, an den Prinzipien einer inklusiven Gesellschaft orientiert.

Eine gemeinsame Ausbildungsinitiative „Wirtschaftsnachwuchs Barnim“ von Verbänden der Unternehmerinnen und Unternehmer und dem Arbeitsamt mit Unterstützung von Politik und Verwaltung soll dazu beitragen, dass Barnimerinnen und Barnimer gerne in ihrem Landkreis lernen, leben und arbeiten.

Die materiellen Lern- und Arbeitsbedingungen für die Schülerinnen und Schüler in kreisgeleiteten Schulen wurden in den vergangenen Jahren deutlich verbessert? Anhand welcher Kriterien und Fakten wurde diese positive Entwicklung der Bildung im Barnim-Kreis festgestellt? Ist der Barnim-Kreis eine Ausnahme in Deutschland?

Im Bildungsbericht der Bundesregierung des Jahres 2012 heißt es:

Deutschland muss nach Ansicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung deutlich mehr in Bildung investieren. Die OECD-Studie bescheinigt Nachholbedarf in fast allen wichtigen Bereichen. Auch bei den Bildungsausgaben bleibt Deutschland mit 4,8 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts auf einem der letzten Plätze. Nur die Türkei, die Slowakei, Spanien und Irland gaben noch weniger Geld für Bildung aus.

Gute Arbeit

Die Durchsetzung des Vergabegesetzes für öffentliche Aufträge im Landkreis unterstützen wir als wertvollen kommunalen Beitrag, die Daseinsvorsorge zu sichern. Nicht Niedriglohngebiet, sondern „Hier gibt’s gutes Geld für gute Arbeit“ soll der Arbeitskräfte-Werbeslogan des Barnims sein. Daher setzen wir uns für starke Arbeitnehmermitbestimmung und Gewerkschaften ein. Den kommunalen Unternehmen kommt eine besondere Verantwortung zu. Dabei hat der Barnim bereits eine Vorreiterrolle im Vergleich zu anderen Landkreisen. So ist die öffentliche Hand mit seinen Kommunalunternehmen, der Gesellschaft für Gesundheit und Leben (GLG), der Barnimer Dienstleistungsgesellschaft mbH (zur Abfallentsorgung), der Barnimer Energiegesellschaft, der Barnimer Busgesellschaft und den Stadtwerken Bernau und den Kommunalen Wohnungsgesellschaften unter anderem in Bernau, Eberswalde und Werneuchen, ein leistungsstarker Partner für die ortsansässige Wirtschaft.

Die unbürokratische Förderung von Klein- und mittelständischen Betrieben durch die Landesregierung soll noch stärker gemeinsam mit den Dienstleistungsangeboten der Barnimer Wirtschaftsförderung dazu beitragen, dass sich Unternehmen im Barnim ansiedeln und sesshaft werden. Dabei wollen wir die traditionellen Unternehmen im Barnim unterstützen, hier auch künftig ihre Heimat zu sehen, ihre Produktion zu sichern 179 und Absatzmöglichkeiten zu erweitern. Auch dazu sollen in verstärktem Maße regionale Produktkataloge und Regionalmärkte dienen.

Nach der offiziellen Bundesstatistik gab es im November 2012 in Brandenburg 125.171 Arbeitslose (davon im Barnim-Kreis 8.694) und 165.238 Unterbeschäftigte (davon im Barnim-Kreis 11.518). Damit gehört der Barnim-Kreis im Vergleich mit den anderen Landkreisen (insgesamt 18) des Landes Brandenburg zu den vier schlechtesten Kreisen hinsichtlich Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Womit begründet die „Linke“ die Vorreiterrolle des Barnim-Kreises?

Schnelles Internet auf dem Land

Der Zugang zu digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien ist im Barnim noch nicht für alle gleichberechtigt möglich. Dies führt auch in unserem Landkreis zu einer Spaltung der Gesellschaft entsprechend der vorhandenen Informationsmöglichkeiten, die es in einer Demokratie nicht geben darf. Auch für die weitere Ansiedlung von Unternehmen der Kreativwirtschaft ist der Ausbau eines bezahlbaren Breitband-Internet unerlässlich. Eine digitale Grundversorgung muss nicht ausschließlich über DSL bereitgestellt werden. Als alternative Trägermedien kommen insbesondere Richtfunk (WiMAX) und Rundfunkfrequenzen in Frage. Wir plädieren für eine gesellschaftliche, an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtete Regulierung der Frequenzvergabe. Darüber hinaus treten wir für die Beibehaltung des freien und gleichen Informationsflusses im Netz ein.

Nach Auffassung der „Linken“ des Barnim-Kreises spaltet sich die Gesellschaft in ihrem Landkreis nicht in arme und reiche Menschen, sondern in Menschen mit oder ohne Informationsmöglichkeiten.

Welche Auffassung hat dazu die Bundesregierung?

Der Wohlstand in Deutschland ist insgesamt gewachsen, aber nur wenige profitieren davon. Zu diesem Ergebnis kommt der Armut- und Reichtumsbericht

der Bundesregierung, aus dem diese Woche erste Details bekannt wurden. In den vergangenen zwei Jahrzehnten verdoppelte sich der private Reichtum, das Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland, auf rund zehn Billionen Euro. Dabei wurde die Kluft zwischen Arm und Reich aber größer: Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besaßen im Jahr 2008 53 Prozent des Nettogesamtvermögens, 1998 waren es noch 45 Prozent. Die unteren 50 Prozent der Bevölkerung halten gerade ein Prozent des Vermögens - vor vier Jahren waren es noch fast vier Prozent (Quelle: Sendung der ARD am 23.09.2012).

Gesundheit

Die Region Barnim-Uckermark hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Gesundheitsregion entwickelt. Mit den leistungsfähigen Krankenhäusern in Bernau und Eberswalde, der diakonischen Einrichtung in Lobetal sowie zahlreichen Pflege- und Altenheimen ist der Gesundheitsbereich das Segment, in dem die meisten Beschäftigten im Barnim arbeiten. Diese gute Arbeit muss gut bezahlt werden. Eine dauerhafte Herausforderung für die Zukunft bleibt es, die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum zu sichern.

Dafür sehen wir kurz- und mittelfristig die Möglichkeit des Einsatzes mobiler Arztpraxen. Insbesondere der Ersatz von in Ruhestand gehenden Hausärztinnen und Hausärzten ist u.a. durch stärkeres Werbemanagement der Kommunen zu sichern.

Derzeit finanzieren 70 Millionen Versicherte 144 Krankenkassen! Wollen die „Linken“ diesen „Wettbewerb“ und das zunehmende Streben nach Maximalprofit in diesem sensiblen Bereich der Daseinsvorsorge auch künftig akzeptieren?

Natur und Umwelt

Barnims Slogan „ErneuerBAR“ zeigt den hohen Anspruch des Landkreises, für private Haushalte, Unternehmen und kommunale Einrichtungen der Gemeinden, bei der Einsparung und effektiven Nutzung von Energie, Vorreiter und Beispiel zu sein.

Wir unterstützen alle Initiativen der Kommunen, kommunale Klimaschutzprogramme zu erstellen und sukzessive umzusetzen. Wir werben für ein **kreisliches** Förderprogramm, welches diese gemeindlichen Initiativen unterstützt und so aktiv die Null-Emissions-Strategie des Landkreises voranbringt.

Bei der Entwicklung kommunaler Einkaufsgemeinschaften orientieren wir uns langfristig auf die Übernahme der regionalen Energienetze und die regionale Energieproduktion.

Partnerinnen und Partner sollen vordergründig die Unternehmen vor Ort sein. Ein „Energieverband Barnim“ zum Beispiel in Form von Kreiswerken ist unser langfristiges Ziel.

Den Erhalt der Wasserqualität unserer Seen und deren öffentliche Nutzung sehen wir als eine wichtige Voraussetzung zur Stärkung des Tourismusstandortes Barnim. Deshalb setzen wir uns für eine Rekommunalisierung des Wandlitzsees ein.

Um sich in der Frage der „Neuen Energiepolitik“ der Bundesregierung wirklich zurechtzufinden, bedarf es einer sehr großen Fach- und Sachkompetenz. Die Politiker besitzen diese in der Regel nicht. Die Mehrzahl unserer so genannten „Energiespezialisten“ reden wie die Blinden über die Farbe. Sie wissen nichts,

verstehen nichts und können oft auch nichts. Der ideale Spezialist und Untertan! Wer wirklich etwas verstehen möchte, sollte unbedingt den offenen Brief von Professor Dr.-Ing. Helmut Alt an den Bundesminister Dr. Altmaier lesen (<http://rlrational.wordpress.com/2012/11/07/brief-von-prof-dr-ing-alt-an-dr-peter-altmaier-umweltminister-zur-energiewende/>).

Auch auf der Internetseite http://www.dr-schacht.com/html/e_on_story.html gibt es dazu kompetente Aussagen.

Die „Linke“ setzt sich für die Rekommunalisierung des Wandlitzsees ein? Wie? Wann? Mit welchen Mitteln? Etwa durch Änderung der Verfassung?

Freizeit- und Tourismusregion Barnim

Schon die geografische Lage unseres Landkreises macht den Barnim zu einer Freizeit und Erholungsregion für die Hauptstadt und andere Besucherinnen und Besucher des Landkreises. Mit dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, dem Schiffshebewerk Niederfinow, dem Choriner Kloster, dem Wildpark Schorfheide, dem Wildpferdepark, dem Ökodorf Brodowin, der historischen Stadtmauer Bernau, dem Naturpark, dem Eberswalder Zoo und Familiengarten, dem Geopark, dem Regionalpark Barnimer Feldmark aber auch den zahlreichen Seen im Barnim haben wir das natürliche Angebot zum Wohlfühlen. Die Übernachtungsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Preissegmente gilt es dem anzupassen und gezielt das tourismusrelevante Dienstleistungspersonal dafür auszubilden. Bei der weiteren Nutzung und Entwicklung der touristischen Potenziale unseres Landkreises sehen wir noch Nachholbedarf, bei deren Erschließung **eine weitere Reduzierung der Arbeitslosigkeit**, insbesondere in den strukturschwachen Gebieten des Barnims, **erreicht werden kann**.

Das gehört wohl eher in ein touristisches Werbeprospekt über den Barnim-Kreis als in eine Leitlinie der „Linken“.

Barnim-Uckermark

Die regionale Planungsgemeinschaft Barnim-Uckermark muss einen wachsenden Stellenwert bei der **Konzipierung von Entwicklungskonzepten** der einzelnen Teilräume unserer Region, auch gegenüber der gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg und den Landkreisen, erhalten. Die Region Barnim-Uckermark - eine natürliche Tangente zur polnischen Region um Słubice und Szczecin - verfügt über industrielle, naturräumliche und kulturhistorische Potenziale, die es für eine eigenständige Regionalentwicklung zu nutzen gilt. Das ist aber nur dann möglich, wenn die regionale Planungsgemeinschaft Barnim-Uckermark in die Lage versetzt wird, diese auch miteinander zu vernetzen. Das schließt ein, dass es eine gemeinsame Aufgabe der Planungsregion ist, dies im Gesamtkonzept der Regionalentwicklung zu berücksichtigen und Synergieeffekte für die Gesamtregion zu entwickeln bzw. zu nutzen. Die naturräumlichen Gegebenheiten der Region und deren weitere wirtschaftliche, landwirtschaftliche und touristische Erschließung von Nationalpark über Biosphärenreservat bis hin zu den Natur- und Regionalparks gilt es in das Gesamtkonzept der Regionalplanung stärker einzubeziehen. Dabei müssen wir den kulturhistorischen Denkmälern als Alleinstellungsmerkmale der Region eine herausgehobene Bedeutung zuweisen, die es insbesondere bei der Weiterentwicklung der Marketingstrategie stärker zu nutzen gilt.

Ist das eine klare und verständliche Sprache, die jeder Bürger versteht? Sicher nicht!

Weiß die „Linke“ überhaupt was die „Weiterentwicklung der Marketingstrategie“ unter kapitalistischen Bedingungen für die Menschen bedeutet? Bei diesen und anderen Strategien geht es nur um die Sicherung des Maximalprofits und um nichts anderes. Wie und mit welchen Methoden dieser ständige Profitzuwachs erreicht wird und welche Folgen dies hat, erleben die Menschen jeden Tag.

Bürgernahe und moderne Verwaltung

Wir wollen sichern, dass sich die Verwaltungen noch konsequenter zu ihrer Dienstleistungsfunktion gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern bekennen und alle modernen Möglichkeiten erhalten, um als solche agieren zu können. Deshalb setzen wir uns für eine ständige Überprüfung und Anpassung des Aufgabenkataloges der Verwaltung entsprechend den sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ein. Die Anpassung ihrer Strukturen ist dabei kein Selbstzweck. Vielmehr geht es um die Gewährleistung einer öffentlichen Kontrolle durch konsequente Sicherung des Informations- und Akteneinsichtsrechtes für Bürgerinnen und Bürger, eine moderne Verwaltung, die kurze Wege durch die Einrichtung von Bürgerbüros und den konsequenten Ausbau von Internetportalen schafft, sowie eine radikale Beschleunigung von Verwaltungsabläufen garantiert. Für uns ist eine Verwaltungskultur, in der Vorschläge, Anregungen und Ideen aus der Bevölkerung als willkommene Handlungsimpulse wahrgenommen werden, das Ziel unserer Arbeit.

Hier irrt sich die „Linke“ gewaltig! Solange sich die Daseinsvorsorge in den Händen skrupelloser und profitgieriger Aktionäre und Unternehmen befindet, die jedes Jahr die Preise für Strom, Gas, Wasser, Mieten, Transport, Gesundheit und für soziale und kulturelle Leistungen erhöhen, werden die Kommunen für ihre Leistungen (Information, Akteneinsicht, Ausbau von Radwegen usw.) bei der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht die Anerkennung erheischen, die sie erwarten. Die Daseinsvorsorge gehört gesetzmäßig in die Hände der Kommunen (siehe http://www.dr-schacht.com/Daseinsvorsorge_Vortrag.pdf). Damit das nicht geschieht, wird der eigentliche Sinn des Wortes „Daseinsvorsorge“ schon seit vielen Jahren in den Massenmedien und von den Politikern bewusst entstellt und diskriminiert.

Wir laden ein

Wir haben den Anspruch, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Arbeitnehmerinnenvertretungen und Unternehmen Antworten zu finden, wie sich unsere Vorstellungen für einen lebens- und liebenswerten Barnim erfüllen können, welche Ideen Sie haben, welche Schwerpunkte Sie sehen und was wir gemeinsam dazu leisten müssen. Wir wollen uns der Herausforderung stellen und begreifen dieses Leitbild als Ideengeber für die weitere Stärkung der kommunalen Solidarität unserer Gemeinden für einen starken und leistungsfähigen Landkreis.

Unser Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Barnimerinnen und Barnimer in allen Lebensbereichen zu ermöglichen und wir wissen, das geht nur durch eine selbstbewusste, demokratische und offene Gesellschaft.

Dies ist für uns der Schlüssel für einen zukunftsfähigen Landkreis, in dem es auch in **in fünfzig** Jahren noch Spaß macht, zu leben.

Dieser 1. Entwurf des Leitbildes wurde auf der Mitgliederversammlung der Partei DIE LINKE. Barnim am 24. November 2012 in Wandlitz beschlossen.

Die „Linke“ ruft zum Bündnis zwischen „Arbeitnehmern“ und „Arbeitgebern“ auf? Wer soll dem folgen?

Resümee:

Gewogen und für zu leicht befunden!

Den „Linken“ möge man verzeihen und Ihnen zurufen:

*„Was auch immer geschieht,
nie darfst du so tief sinken,
von dem Kakao, durch den man dich zieht,
auch noch zu trinken.“*

Erich Kästner

Legende:

schwarzer Text – Original des Leitbildes der „Linken“

blauer Text – Hinweise auf lexikalische oder stilistische Fehler

roter Text – Kommentar und Hinweise

Wandlitz, den 7. Dezember 2012

gez. Dr. Schacht